

Anlage 1 zum Papier: Haushaltsnotlage und Konjunkturpolitik

Durchgeführte Maßnahmen zur Konsolidierung der bremischen bzw. saarländischen Haushalte seit 1992

Bereich	Bremen
1. Personalwirtschaftliche und dienstrechtliche Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Kürzung bei den personenbezogenen Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden von Lehrkräften (Fortbildungsmaßnahmen, Curriculumsentwicklung, Schulbegleitforschung, Schulleitungs- und Schulentwicklungsaufgaben). - Reduzierung des außerschulischen Einsatzes von Lehrkräften in anderen Institutionen. - Reduzierung von unterrichtlichen Zusatz- und Sonderbedarfen zur Anpassung der bremischen Schüler-Lehrer-Relation an den Länderdurchschnitt. - Umwandlung bisher durch Lehrkräfte abgedeckter nichtunterrichtlicher Anteile von Sonder- und Zusatzbedarfen der Schulen über das Programm „Geld statt Stellen“. Ausnutzung von Reduzierungsmöglichkeiten durch den Einsatz von Sozialpädagogen und Erziehern. - Abschluss und Umsetzung der Organisationsentwicklung der Abteilung Hochschulen und Forschung beim Wissenschaftsressort (Ziel bis 2006: 20% Personaleinsparung). - Stelleneinsparvorgabe von 1,5% für 1999 (Brhv.). - Umsetzung einer globalen Personalminderausgabe von 4,3% für 1999 (Brhv.). - Vorzeitiges Ausscheiden von Angestellten und Lohnempfängern im Rahmen der 58er-Regelung vom 20.11.1999 bis 31.10.2000 (Brhv.). - Durchführung von Altersteilzeit für Beamte seit 01.04.1999 (Brhv.). - Einführung der Teildienstfähigkeit für Beamte seit 1999 (Brhv.). - Überführung von uniformierten Beamten mit gesundheitlichen Einschränkungen in den allgemeinen Verwaltungsdienst (Brhv.). - Fortsetzung der Neuorganisation der Sporthallenaufsicht an Wochenenden (Brhv.). - Verzögerte Wiederbesetzung bei Stellenvakanz, soweit die Stelle nicht eingespart wurde. - Keine Einstellung von Anwärtern für den mittleren und gehobenen Justizdienst. - Festlegung der personellen Mindeststärke für die Polizei um rd. 50 auf 2.431 Vollzugsbeamte. - Übernahme der im Tarifbereich beschlossenen Regelungen über die Altersteilzeit für Beamte und Richter (8. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften). - Neufestsetzung der Aufwandsentschädigungen gem. § 17 Bundesbesoldungsgesetz (teilweise Absenkung der Entschädigung oder Auslagen). - Einführung von Ausbildung im Verbundsystem mit Betrieben (Senatskanzlei). <p>Im Zeitraum 1994-1998</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der beiden Arbeitszeitverkürzungstage für Beamte gegen Dienstbefreiung an Heiligabend und Silvester (je ½ Tag) seit 1996. - Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für Beamte zum 1. Juni 1997. - Erhöhung der Lehrverpflichtung für Lehrer um 2 Stunden zum Schuljahr 1997/98. - Verdopplung der Beförderungswartezeiten für Beamte und Richter und Festlegung eines einheitlichen jährlichen Beförderungs-

	<p>termins (1.10.).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einführung der flächendeckenden Personalkostenbudgetierung bei gleichzeitiger Realisierung eines mehrstufigen Personalcontrollings seit 1995. - Technikunterstützte(s) Personalverwaltung und Personalmanagement mit dem Datenbanksystem „PuMa“ seit 1996. - Jahresdurchschnittlicher Stellenabbau von 1,92% seit 1992. - Reduzierung des Beschäftigungsvolumens um 2.240 Vollkräfte oder 9,0% seit 1993, dabei Abbau von 444 Vollkräften bei der Gebäudereinigung (L+G); Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 300 (-8,7%) seit 1994 und Abbau der Lehrkräfte um 150 (-9,9%) seit 1992 (Brhv.). - Rückgang bei den bereinigten Personalausgaben 1997 insgesamt um 27 Mio. DM oder 1,7% gegenüber 1990 und bei den Dienstbezügen um 4,0%. - Tarif- und Besoldungserhöhungen wurden (1996/97) und werden (1998 bis 2000) durch weitere personalwirtschaftliche Maßnahmen im Vollzug der Personalhaushalte kompensiert. - Konstanz der Personalausgaben bis 2000 bei jährlichen Einsparvorgaben von 400 Vollkräften oder durchschnittlich 2,2% und weiterer Privatisierung von Gebäudereinigung. - Stellensperre für freiwerdende Stellen und Planstellen von neuen Monaten (Brhv.). - Anpassung der beamtenrechtlichen Tatbestände für „Dienstbefreiung aus persönlichen Gründen“ an das Tarifergebnis 1996 (Neuregelung § 52 BAT). - Angleichung des Anspruchs auf Urlaub für Kurmaßnahmen an das Entgeltfortzahlungsgesetz. - Nichtübernahme der Regelung des §25 Abs. 2 Beamtenrechtsrahmengesetz (Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand auf Antrag). - Einführung des 40. (bei Professoren des 55.) Lebensjahres als Obergrenze für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. - Keine rückwirkende Einweisung bei Beförderungen. - Verlängerung des vorzeitigen Ausscheidens von Bediensteten durch die sogenannte 58er-Regelung bis 31.12.1997. - Ausscheiden von Mitarbeitern/innen auf eigenen Wunsch gegen Zahlung einer Abfindung (Brhv.). - Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Sonderurlaub bei Verrechnung mit der Sonderzuwendung. - Personalausgleich, Personalentwicklung und Umschulung als Instrumente der Umsteuerung des Personaleinsatzes. - Keine Zahlung von Ministerialzulagen (Ausnahme: Bevollmächtigter beim Bund). - Absenkung der Reisekostenvergütung auf die einkommensteuerrechtlichen Beträge seit 1996. - Umsetzung des Versorgungsreformgesetzes 1998. - Anpassung der Bremischen Zusatzversorgung. - Neuregelung der Heilfürsorgeverordnung. - Zusammenfassung der Personalsachbearbeitung von Planungsamt, Bauordnungsamt und Amt für Wohnung- und Städtebauförderung. - Effektivierung des Lehrereinsatzes durch verstärkten Einsatz DV-gestützter Planungsinstrumente. - Einstellung von Auszubildenden bei der Feuerwehr im Anwärterverhältnis.
2. Verwaltungsreform/Aufbau neuer Steuerungsinstrumente	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarung eines Finanzrahmens für den Hochschul- und Forschungsbereich bis 2004 mit dem Ziel der vollen Leistungserbringung bei Einsparung von 400 Mio. DM. - Vorbereitung zum Abschluss von Kontrakten mit Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten zur Sicherung der mit dem Finanzrahmen 2004 vereinbarten Ziele.

- Trennung operativer und strategischer Aufgaben zwischen der Sozialbehörde und dem Amt für Soziale Dienste.
- Einführung eines Beobachtungssystems zur Entwicklung der Sozialleistungen.
- Budgetierung der steuerfinanzierten Leistungen für psychisch Kranke.
- Einführung eines Qualitätsmanagements (Brhv.).
- Einführung eines Fachbereichscontrollings im Amt für Jugend und Familie (Brhv.).
- Einführung der Budgetierung in der Sozialpädagogischen Familienhilfe (Brhv.).
- Umwandlung des Betriebs BreHoch (§26 Abs. 1 LHO) in den Bremer Baubetrieb (Eigenbetrieb gem. § 26 Abs. 2 LHO) unter Einbeziehung der Bauabteilung des Bauamtes Bremen-Nord und der OFD Bremen.
- Gründung und Betriebsaufnahme der Bau Management Bremen GmbH.
- Gründung und Betriebsaufnahme der Hanseatischen Naturentwicklung GmbH (HANEG).
- Umwandlung des bisherigen Amtes „Datenverarbeitungszentrale“ in einen Betrieb nach § 26 Abs. 1 LHO; Vereinbarung eines festen Zuschussrahmens bis einschließlich 2003 (Brhv.).
- Ausgliederung der Neubauabteilung des Hochbauamtes der Stadt Bremen zu einem „Profit-Center“ (Brhv.).

Im Zeitraum 1994-1998

- Umsetzung von Unternehmensberatungs-Vorschlägen (McKinsey) zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Landesentwicklung, Kultur und Liegenschaften.
- Beginn der Einführung eines neuen Steuerungsmodells (NSM) für die gesamte bremische Verwaltung mit den Zielen:
 - Bürgerorientierung
 - Budgetierung, Controlling
 - Dezentrale Haushaltssteuerung
 - Kosten-Leistungs-Rechnung
 - Organisationsgrundsätze, Abflachung von Hierarchien
 - Qualitätsmanagement
 - Studiengang für Wirtschaft und Verwaltung (Ausbildung für den gehobenen Dienst außerhalb des Anwärterverhältnisses)
 - Technikunterstützte Informationsverarbeitung.
- Einführung Bremer Projektgruppenplan einschließlich Umstellung auf Produkthaushalte.
- Umwandlung von nachgeordneten Dienststellen in Stiftungen des öffentlichen Rechts:
 - Übersee-Museum
 - Focke-Museum
- Umwandlung von Ämtern in Betriebe nach § 26 Abs. 1 bzw. Abs. 2 der LHO:
 - Rechenzentrum der bremischen Verwaltung (neu: Informations- und Datentechnik Bremen/ID Bremen)
 - Justizvollzugsamt und Teile des Justizressorts (neu: Justizdienstleistungen/JUDIT)
 - Werkstatt für Behinderte „Martinshof“ (neu: Werkstatt Bremen)
 - Amt für Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft (neu: Bremer Entsorgungsbetriebe/BEB)
 - Gartenbauamt (neu: Stadtgrün Bremen)
 - Kataster- und Vermessungsverwaltung (neu: Kataster und Vermessung Bremen)
 - Hochbauamt (neu: Bremer Hochbaumangement/BreHoch)
 - Fernmeldetechnisches Amt (neu: Bremer Kommunikationstechnik/BreKom)
 - Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigungsamt Bremerhaven (neu: Entsorgungsbetriebe Bremerhaven)

	<ul style="list-style-type: none"> - Volkshochschulen Bremen und Bremerhaven - Stadtbibliothek - Musikschule. - Gründung einer „Informations- und Datentechnik Bremen (ID Bremen) GmbH“ in 1997 und Vorbereitung einer (Teil-)Privatisierung. - Bildung von Sonderhaushalten nach § 15 der LHO (Budgetierung): <ul style="list-style-type: none"> - Universität - Staats- und Universitätsbibliothek - Hochschule Bremen - Hochschule für Künste - Hochschule Bremerhaven - Landesuntersuchungsamt - Bauamt Bremen-Nord. - Einführung von Pilotprojekten „Bürgerämter“. - Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung in Pilotprojekten. - Einführung eines Gebäudemanagements (Pilotprojekt Bremen Nord) zur Kostensenkung bei Bau und Betrieb öffentlicher Gebäude. - Einrichtung eines zentralen Fonds (Globalmittel) zur Vorfinanzierung betriebswirtschaftlich rentabler Maßnahmen. - Budgetierung und Umsteuerung im Bereich der gesetzlichen Erziehungshilfen (KJHG) und Eingliederungshilfen (BSHG). - Deckelung der Entgelte für Sozialeinrichtungen. - Budgetierung aller Ämter im Gesundheitsressort. - Wirtschaftliche Autonomie von Schulen (Fortsetzung in erweiterter Form), Selbstbewirtschaftung im Rahmen von Budgets. - Einführung der elektronischen Arbeitszeiterfassung. - Novellierung dienstrechtlicher Vorschriften im Sinne dezentraler Bearbeitung und Entscheidung. - Verlagerung von Aufgaben des Versicherungsamtes auf die Versicherungsträger. - Polizeireform (Logistiksäule, Straffung der Organisation, Tankkartensystem, Aus- und Fortbildung, Neues Steuerungsmodell). - Verkürzung der Ausbildung bei der Polizei.
<p>3. Organisatorische Maßnahmen, Modernisierung und Rationalisierung der Verwaltung sowie Aufgabenübertragung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung der Senatsressorts von 8 auf 7 (Zusammenlegung der Ressorts Wirtschaft und Häfen). - Zusammenlegung der senatorischen Bereiche Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. - Weiterführung der Zusammenlegung der senatorischen Bereiche. - Reorganisationsvorhaben für die senatorische Dienststelle des Senators für Bau und Umwelt (Schwerpunkt Bau). - Eingliederung des Geschäftsbereichs Bundesbau der ehemaligen Oberfinanzdirektion Bremen in das Ressort Bau und Umwelt. - Weiterführung des Modellversuchs im Bauamt Bremen-Nord (Zuschuss im Rahmen einer ressortinternen Vereinbarung mit Nettoveranschlagung). - Zusammenlegung der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienste in Bremen und Bremerhaven zu einem Amt. - Stelleneinsparungen in Kindertagesheimen durch Erhöhung der Reinigungsleistung und der Schließtage sowie Veränderung der Angebotsstruktur. - Neustrukturierung des Landesuntersuchungsamtes und der Lebensmittelüberwachung. - Neuorganisation der ambulanten Sozialdienste für junge Menschen (z.B. Zusammenfassung von Diensten und Übertragung von Aufgaben auf freie Träger).

- Modellversuche zur strategischen Sachbearbeitung in der Sozialhilfe mit ergebnisorientierten Vorgaben (z.B. einmalige Hilfen).
- Neustrukturierung der Arbeitsmarktförderung in Bremen und Bremerhaven (z.B. Umstellung der Fördersysteme und Fördertechniken, Bündelung von Infrastrukturen und Übertragung operativer Aufgaben auf privatrechtliche Gesellschaften).
- Neugestaltung der Wohnungsbauförderung.
- Übertragung staatlicher Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung auf neu gegründete Gesellschaften der Landesentwicklung (BIG und BIS).
- Integration der BBI (Außenwirtschaftsfördergesellschaften) in die BIG-Gruppe.
- Ausgliederung des Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung aus dem Behördenbereich (Umwandlung in eine GmbH).
- Gründung der BremenPORTS Management + Services GmbH & Co. KG (Umwandlung eines Amtes in privatrechtliche Rechtsform).
- Gründung der „Überseestadt GmbH“ zur Entwicklung und Vermarktung alter Hafenreviere.
- Verlagerung der Hochbauaufgaben des Landes für Institute und Hochschulen mit Sitz in Bremerhaven vom Hansestadt Bremischen Hafenamt auf den Bremer Baubetrieb (Eigenbetrieb).
- Zusammenlegung der Arbeitnehmerkammern.
- Reduzierung von Schulstandorten durch Zusammenlegung von Schulen und Einleitung weiterer Schulstandortaufgaben.
- Verkauf der Schulgebäude „Im Holter Feld“ und „Am Wandrahm“.
- Vorbereitungen zur Erschließung privatwirtschaftlichen Kapitals für die Sanierung von Schulgebäuden.
- Stärkung der Autonomie von Schulen durch mehr Eigenständigkeit (ggf. in neuer Rechtsform).
- Stärkung der Hochschulautonomie (Übertragung von Aufgaben und Genehmigungsbefugnissen) durch die BremHG-Novelle 1999.
- Teilnahme an der Entwicklung eines länderübergreifenden Kennzahlensystems für Hochschulen.
- Bericht zur Reorganisation des Liegenschaftsmanagements und Vorbereitung der Einführung eines Vermieter-Mieter-Modells im Hochschulbereich.
- Einstellung des Bargeldzahlungsverkehrs in der Stadtkasse; Einsatz von Geldautomaten (Brhv.).
- Fremdvergabe der Gebäudereinigung gemäß Tarifvertrag Innenreinigung bis max. 40% der Gesamtreinigungsfläche (Stand Ende 1999: 37,95%) und Kündigung des Tarifvertrages Innenreinigung und der Dienstvereinbarung über die Reinigung städtisch genutzter Gebäude zum Zwecke der weiteren Fremdvergabe (Brhv.).
- Vorbereitende Entscheidungen zur Abteilungsstrukturreform des Gesundheitsamtes (Verkleinerung von elf auf fünf Einheiten) (Brhv.).
- Abschluss der Neuorganisation der Sozialen Dienste im Amt für Jugend und Familie (Brhv.).
- Entwicklung eines Konzeptes zur Geschäftsprozess-Optimierung der Pflichtaufgaben nach dem SGV III (Kinder- und Jugendhilfegesetz) in den Aufgabenfeldern Unterhalt, Beistandschaften und Beratungen (Brhv.).
- Vorbereitung der Jugendhilfeplanung für den Bereich der Hilfen zur Erziehung sowie Optimierung der Hilfeplangestaltung (Brhv.).
- Erhebliche Flexibilisierung der Arbeits- und Öffnungszeiten (Brhv.).
- Wegfall diverser Amtsleiterstellen im Rahmen veränderter Führungsstrukturen (z.B. Gartenbauamt und Sozialamt) (Brhv.).
- Betrieb und Umbau des „Zoos am Meer“ Bremerhaven durch eine GmbH mit fester Betriebszuschuss-Vereinbarung (Brhv.).
- Wegfall der Amtsleiterstelle im Gartenbauamt (Brhv.).
- Kooperation mit dem Land Niedersachsen betreffend Jugendstrafvollzug mit dem Ziel einer Nutzungsverbesserung des Bremer Jugendstrafvollzuges unter betriebswirtschaftlichen Aspekten.
- Projekt: Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Bildung/Liegenschaftswesen“ (Anpassung GBI, FMB, BMB,

BBB):

- Projekt: Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeit.
- Projekt: Gemeinsames Landessozialgericht Niedersachsen – Bremen.
- Zusammenlegung von Planungsamt und Bauordnungsamt; organisatorische Weiterentwicklung.
- Umsetzung von Empfehlungen aus den Organisationsuntersuchungen in den Bauordnungsbehörden und im Amt für Straßen und Verkehr (u.a. Pavement-Management-System).
- Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen an die BSAG.
- Reduzierung der Aufwendungen für die öffentliche Beleuchtung.
- Reduzierung der Aufwendungen für Stromlieferungen für öffentliche Gebäude (Rahmenvertrag).
- Aufbau eines Bankettmanagements bei der Senatskanzlei (insbesondere Fremdvergabe statt Eigenleistung).
- Investitionen zum Abbau bisheriger Mietkosten im Veranstaltungsbereich der Senatskanzlei.
- Ausschöpfung von Einsparpotenzialen im Bereich der betrieblichen Eigenreinigung der Universität durch Umstellungen und Fremdreinigungen.
- Ausschreibung zur Vergaben von Gebäudedienstleistungen für vorhandene Gebäude der Universität.
- Nutzung von Kostenvorteilen durch Billig-Anbieter für Telekommunikationsdienste im Wissenschaftsbereich.
- Realisierung von Energieeinsparungen durch Performance Contracting für Universitätsgebäude und Prüfung der Möglichkeiten für weitere Bereiche.

Im Zeitraum 1994-1998

- Reduzierung der Senatsressorts von 11 auf 8.
- Reduzierung des Kernbereichs des Finanzressorts nach Vorgaben externer Unternehmensberatung.
- Reduzierung der hauptamtlichen Magistratsvertreter von 6 auf 5 (Brhv.).
- Reduzierung der Meldestellung von 27 auf 12.
- Abgabe von Bädern (Freibad Blumenthal, Hallenbad Huchting) an freie Träger.
- Abbau von Haftplätzen im bremischen Justizvollzug durch Ausbau der ambulanten Alternativen zum Freiheitsentzug.
- Abgabe eines sozialtherapeutischen Wohnheims an einen freien Träger bzw. Aufgabe eines Übergangwohnheims.
- Übertragung der Verwaltung des fiskalischen Grundbesitzes auf Dritte.
- Verminderung der Bewirtschaftungskosten städtischer Bürogebäude seit 1995 um 22% (Brhv.).
- Installation der Bearbeitereingabe im Veranlagungsbereich der Finanzämter.
- Einführung der Dialogbearbeitung in den Arbeitnehmerstellen und Veranlagungsbereichen der Finanzämter.
- Auflösung der Wohnungsbauprämienstellen in den Finanzämtern.
- Auflösung der Kapitalverkehrssteuerstelle.
- Zusammenlegung der untersuchenden Ämter zu einem Landesuntersuchungsamt zur effizienten Aufgabenerledigung.
- Übertragung der Bewirtschaftung von Parkuhren und Parkscheinautomaten auf die BREPARK-GmbH.
- Anhebung der Fallmesszahl in der wirtschaftlichen Sozialhilfe durch den Einsatz von ADV um 40%.
- Reduzierung von Aufgaben des Gesundheitsamtes.
- Auflösung des Wasserlabors und Verlagerung zur Landesuntersuchungsanstalt.
- Zusammenlegung von Pflanzenschutz und Lebensmittelüberwachung.
- Verringerung der Zahl von Betriebshöfen und Lagerplätzen.
- Aufgabe von Werkstätten.

- Zusammenlegung von Hafengebäudeamt und Hafenamt.
 - Einrichtung der Bremischen Hafengesellschaft mbH.
 - Zusammenfassung von Werkstätten und Lagern im Bereich des Hansestadt Bremischen Amtes in Bremerhaven.
 - Zusammenlegung von Bauhöfen im Bereich Entwässerung (Entsorgungsbetriebe Bremerhaven).
 - Zentralisierung der nautischen Dienste und Flexibilisierung im Schichtdienst.
 - Novellierung der Beschaffungsordnung.
 - Auflösung des Uni-Rechenzentrums.
 - Kfz-Leasing statt Kauf (Senatskanzlei).
 - Reduzierung des Fahrzeugparks der Entsorgungsbetriebe um über 20% (Brhv.).
 - Verzicht auf Anpassung der Pauschalförderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz in 1996 und 1998.
 - Abschluss einer Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Mitfinanzierung des sozialpsychiatrischen Dienstes.
 - Erstellung eines Leistungs-Katalogs und Festlegung einheitlicher Bewilligungskriterien in der Sozialhilfe (Brhv.).
 - Verschärfung der Kriterien für Wohnungswechsel von Sozialleistungsempfängern (Brhv.).
 - Zentralisierung der Personalsachbearbeitung von 12 Ortsämtern bei 2 Ortsämtern.
 - Übertragung von Auszahlung und Abrechnung der ABM-Personalergänzungsmittel auf das Arbeitsamt.
 - Abwicklung von im Haushalts bzw. in der Finanzplanung enthaltenen Investitionsprojekten über Leasing (mit bis zu 20% Kostenersparnis gegenüber Eigenbau).
 - Auflösung des Wasserwirtschaftsamtes und Integration in die senatorische Dienststelle zur effizienten Aufgabenerledigung.
 - Überführung der Gewässerunterhaltung der Gewässer 2. Ordnung auf die Deichverbände.
 - Verselbständigung der Bremen-Werbung durch Gründung einer Marketing-GmbH.
 - Eingliederung des Brüssel-Büros in die senatorische Dienststelle des Senators für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten.
 - Zusammenführung Beratungszentrum-RbV mit dem Tul-Referat bei der SKP.
 - Eingliederung der Verwaltungsschule und der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in ein Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) für die Bediensteten der bremischen Verwaltung.
 - Reorganisation der Kulturverwaltung (Senatorische Behörde, Kulturbüro, Kulturmanagement-GmbH).
 - Eingliederung der Landeszentrale für politische Bildung in den Bereich des Senators für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport.
 - Eingliederung des Ausgleichsamts in die senatorische Dienststelle.
 - Eingliederung der Außenstelle Bezirksgesundheitsamt Bremen-Nord in das Gesundheitsamt Bremen (ab 1997).
 - Eingliederung des Verteidigungslastenamtes in die senatorische Behörde.
 - Schließung von insgesamt 44 Gebäudeeinheiten im Schulbereich mit Personaleinsparungen für nichtunterrichtendes Personal.
 - Veräußerung von unbebauten Teilflächen im Schulbereich; Aufgabe von Büroräumen (Flächen- und Raumoptimierung).
 - Zusammenfassung der Einheiten „Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis“, „Landesbildstelle“, Referat „Schulpsychologischer Dienst“ und Referat „Lernplanung“ zum „Landesinstitut für Schule“ (ab 1998).
 - Reorganisation der Staats- und Universitätsbibliothek.
 - Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung durch:
 - Erhöhung der Richtwerte für die Reinigungsleistung
 - Verlängerung der Reinigungsintervalle
 - Sukzessive Umstellung von Eigen- und Fremdreinigung, insbesondere in Schulen.
- Hierzu wurde ein bezirklicher Tarifvertrag geschlossen.

	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des betrieblichen Vorschlagwesens durch Prämienanhebung und Werbeaktionen. - Modernisierung der Gehaltsabrechnung (DV-Verfahren) und Personaleinsparungen durch veränderte Kontrollstruktur (Abkehr vom sogen. 4-Augen-Prinzip). - Organisatorische Veränderungen inkl. DV-Einsatz (AZR) im Ausländeramt, u.a. zur Beschleunigung der Asylverfahren zwecks Entlastung der Sozialhilfe. - Organisationsuntersuchungen für Bauordnungsbehörden und Amt für Straßen und Verkehr. - Umstrukturierung des Bereiches Bildung nach Organisationsentwicklungsprozess (Reduzierung von 4 auf 2 Abteilungen). - Straffung des Funktionsstellenrasters an Schulen im Sekundarbereich I und II. - Untersuchung der Effizienz des Lehrereinsatzes durch: <ul style="list-style-type: none"> - eine externe Beratungsfirma. - Steuerung bei der Klassenverbandsbildung im Hinblick auf das Erreichen der Richtfrequenz. - Angleichung der Schüler-Lehrer-Relation an den Länderdurchschnitt. - Verstärkte Übertragung der Pflege von Sportanlagen auf Sportvereine (geplant; Brhv.: ab 1997). - Reorganisation des Versorgungsamtes. - Reduzierung des Personalbedarfs in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen durch eine kindbezogene Zuweisung von Personal, Zusammenlegung von Gruppen und Anpassung von Gruppenfrequenzen. - Abbau von z.A.-Stellen. - Auflösung des DV-Ausbildungspools (ab 1997). - Übertragung von Aufgaben an Private in den Bereichen Wasserabgabe, Reinigungs- und Handwerkerdienste, Deich- und Gebäudeunterhaltung sowie verstärkte Aufgabenwahrnehmung durch private Ingenieurbüros (Bereich Häfen). - Hohe Einsparung bei den Kosten der integrierten Baggeregutentsorgung durch Veränderung des Entsorgungssystems (Bereich Häfen). - Zusammenfassung der Lebensmittelüberwachung in einem Amt. - Beauftragung privater Büros im Bereich der Energieeinsparberatung und Investitionsförderung für private und öffentliche Maßnahmen. - Reduzierung der Aufwendungen für Energie und Abfallentsorgung in den Schulen durch Prämiensparen. - Projektmanagement für Baumaßnahmen im Hafbereich. - Aufgabe dezentraler Gesundheitsfürsorgeangebote in einzelnen Stadtteilen (Brhv.). - Errichtung von Hochschulgebäuden durch private Drittmittelfinanzierung. - Errichtung der Bibliothek West durch Investorenbauverfahren. - Rationalisierungen im Unterbringungssystem für Drogenkranke und in der Bewirtschaftung von Wohnungen nach dem Obdachlosenpolizeirecht. - Schrittweise Privatisierung der Aufgaben von Bezirkshandwerkern in Einrichtungen des Sozialressorts. - Verstärkte Überprüfung von Zuwendungsempfängern durch Einrichtung eines Referates „Großprüfungen“ im Sozialressort. - Schrittweise Veräußerung nicht genutzter bzw. überdimensionierter öffentlicher Spielflächen. - Ausbau des Programms „Hilfen zur Arbeit“ mit dem Ziel der Reduzierung von Hilfen zum Lebensunterhalt“. - Einsparungen von Sozialhilfaufwendungen durch einen um 14 Monate versetzten Abschluss neuer Vereinbarungen über die Höhe des Krankenkassenbeitrages für freiwillig versicherte Sozialhilfeempfänger.
4. Technikunterstützte Informationsverarbeitung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des landesweiten Datenverbundes zwischen Behörde und Schulverwaltung. - Weiterentwicklung des IT-Einsatzes in allen Bereichen der Wissenschaftsverwaltung, der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen.

	<ul style="list-style-type: none"> - Ausstattung der Stadtteilbüros des Amtes für Jugend und Familie mit ADV zur Vorbereitung der Budgetierung der Haushaltsmittel (Brhv.). - Entwicklung des ADV-Verfahrens PROHEIM (Verfahren für stationäre Unterbringungen) und weiterer kleinerer EDV-Systeme. - Umsetzung der Ergebnisse des Städtewettbewerbs media@komm (digitale Unterstützung öffentlicher Dienstleistungen unter Einsatz der digitalen Signatur und Einbeziehung einer Bezahlfunktion). - Einführung eines neuen DV-Verfahrens für das Wohngeld (BREWOG). - Entwicklung eines elektronischen Veranstaltungsmanagementsystems für die Senatskanzlei und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund für Europa und Entwicklungszusammenarbeit. - Flächendeckende Einführung bzw. Anwendung eines neuen Finanzwesen-Verfahrens und eines neuen Personal-Informationssystems ab 2000 (Brhv.). - Einführung der dv-gestützten Medienleihe in der Stadtbibliothek (Brhv.). - Auf- und Ausbau eines DV-Subnetzes beim Amt für Jugend und Familie sowie gleichzeitige Anbindung aller Außenstellen (Brhv.). - Einsatz eines digitalen Flächennutzungsplans (Brhv.). <p>Im Zeitraum 1994-1998</p> <ul style="list-style-type: none"> - Flächendeckende Einführung und Weiterentwicklung von DV-Unterstützung für Personalsachbearbeitung, -controlling und Budgetierung (PuMa). - Einführung eines DV-Systems „Finanzcontrolling“ in den Ressorts. - Einführung von DV-Unterstützung bei der Beihilfeberechnung (BABSY). - Einführung des DV-Verfahrens „PROKOF“ zur Sachbearbeitung in der Kriegsofopferfürsorge. - Einführung eines ADV-Verfahrens (HAV) für eine dezentrale Haushaltsplanaufstellung mit Arbeitsplatzrechnern. - Einführung eines DV-gestützten Verfahrens für die Einbürgerung. - Vorbereitung von interaktiven Anwendungen zur Nutzung durch Kunden bzw. Bürger/-innen im Rahmen des Stadtinformationssystem Bremen-Online. - Aufbau eines E-Mail-Verbundes für die bremische Verwaltung. - Vorbereitung eines Intranets für die bremische Verwaltung. - Digitalisierung des Informationsdienstes der Senatskanzlei. - Einführung des DV-Systems „Wadis“ zusammen mit der Deutschen Bahn AG zur Steuerung des Eisenbahnbetriebs im Hafen. - Effektivitäts- und Effizienzsteigerung der Verkehrsüberwachung u.a. durch DV-Einsatz. - Einführung des elektronischen Grundbuchs in den Amtsgerichten. - Einführung einer vernetzten Datenverarbeitung in der Arbeitsgerichtsbarkeit. - Aufbau eines landesweiten Datenverbundes zwischen Behörde und Schulverwaltungen zur Unterstützung der Verwaltungsreform (LINDA). - Implementierung eines Netzwerkverbundes zur Energiekontrolle und Messwerterfassung. - Einführung eines DV-Verfahrens beim Versorgungsamt zur Unterstützung der Sachbearbeitung im Schwerbehindertenrecht. - Entwicklung des DV-Systems „Brepos“ für Schiffsankünfte, Hafengebühren, Verkehrsstatistik etc.. - Einführung eines CAD-Systems in der Bauleitplanung.
5. Aufgabe bisheriger staatlicher und kommunaler Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Auflösung der Oberfinanzdirektion Bremen zum 31.12.2000.

	<p>Im Zeitraum 1994-1998</p> <ul style="list-style-type: none"> - Privatisierung großer Teile der Bremer Entsorgungsbetriebe. - Auflösung der Wirtschaftskammer. - Einstellung der Subventionierung der MARPOL-Ölentsorgung in den Häfen. - Schließung des Herbert-Ritze-Bades. - Privatisierung städtischer Bäder (Brhv.). - Aufgabe der Graphotek und Weiterführung in reduziertem Umfang als Teilaufgabe der Städtischen Galerie. - Einstellung der Vergabe von Geld- und Ehrenpreisen im Sport. - Einstellung laufender Zahlungen an den Gesamthafenbetriebsverein (ab 1998). - Einstellung des Theaters „Freiraum“. - Schließung des Kunstforums an der Langenstraße. - Aufgabe von Schullandheimen (Brhv.). - Einstellung der Zuschüsse für die Zentralverwaltung der Bürgerhäuser durch den Dachverband. - Einstellung der Förderung für diverse Kulturläden und Bewohnertreffs. - Einstellung der Förderung für die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur. - Schließung von: <ul style="list-style-type: none"> - 6 Stadtteilbibliotheken. - 4 Bibliotheks-Zweigstellen (Brhv.). - Schließung der Fotoabteilung der Stadtbildstelle. - Einstellung eines gemeinsamen Kunstwettbewerbes mit dem Landkreis Cuxhafen (Brhv.). - Verzicht auf Vergabe von Werk-/Honorarverträgen für soziokulturelle Projekte (Brhv.). - Verzicht auf kommunalen Kunsterwerb (Brhv.). - Einstellung der Beratung nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz (Brhv.). - Aufhebung des Bremischen Gesetzes über Ausbildungsbeihilfen für Schüler. - Abschaffung des Anwärtersonderzuschlags für: <ul style="list-style-type: none"> - die Polizei - Referendare des Lehramtes mit berufsbildender Fachrichtung. - Auflösung der Versicherungsämter in den Ortsamtsbezirken. - Fortfall des Gemeindeanteils durch Abschluss von städtebaulichen Verträgen mit Dritten zur Erschließung neuer Wohngebiete. - Privatisierung der Ökologiestation. - Privatisierung im Hafbereich (Reinigungs- und Handwerkerdienste, Deich- und Gebäudeunterhaltung, Ingenieurleistungen etc.).
<p>6. Reduzierung staatlicher und kommunaler Leistungen (Standards, Zuwendungen, Zuschüsse etc.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wegfall der Zuschüsse an den Schulschiff-Verein „Schulschiff Deutschland“ durch Kündigung des Vertrages. - Reduzierung der Aufwendungen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Spätaussiedlern durch vorzeitige Abmietung von Wohnanlagen. - Nullfortschreibung bei den Entgelten für Pflegeeinrichtungen (SGB XI) sowie Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) und der Eingliederungshilfe (BSHG). - Absenkung der Bekleidungs pauschalen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Anpassung des Sachleistungskatalogs für einmalige Hilfen im Rahmen des BSHG.

- Reduzierung der Investitionsförderung für Pflegeeinrichtungen.
- Absenkung von Zuwendungen für Dienstleistungszentren, Begegnungsstätten und Betreuungsvereinen sowie in den Bereichen Schuldner- und Arbeitslosenberatung.
- Senkung der Finanzierungsanteile des Landes durch Neuverhandlung des Abkommens zur norddeutschen Kooperation im Gesundheitswesen.
- Reduzierung der Ausgaben für Hilfen zum Lebensunterhalt durch Ausbau von Maßnahmen nach § 19 BSHG sowie gezielte Maßnahmen zur Arbeitsförderung für Leistungsempfänger.
- Entwicklung eines Anpassungskonzeptes für die Kinder- und Jugendförderung (Reduzierung der Förderung z.B. durch Stärkung der Eigenverantwortung, Verselbständigung von Einrichtungen, Vernetzung von Angeboten, Optimierung von Spielflächen).
- Veränderung des Baggergut-Entsorgungskonzeptes zur Kostenreduzierung.
- Verlagerung von Kosten des Gesundheitsamtes auf Dritte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (Brhv.).
- Vermeidung der Zahl der Heimunterbringungen durch Familienaktivierungsmaßnahmen (Brhv.).
- Ausbau „Soziale Trainingskurse strafunmündiger Kinder“ zur weiteren Vermeidung stationärer/teilstationärer Fremdunterbringungen (Brhv.).
- Einführung von „Richtlinien zu Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklung nach dem KJHG“ zur gleichmäßigen Beurteilung der Hilfeangebote (Brhv.).
- Überprüfung/Neufestsetzung von Spezialversicherungs-Prämien (Brhv.).
- Schrittweise Veräußerung nicht mehr benötigter Sportflächen und Bereitstellung für den Wohnungsbau.
- Veräußerung von Teilen überdimensionierter Liegeflächen in Freibädern.

Im Zeitraum 1994-1998

- Begrenzung der Kosten für die öffentliche Rechtsberatung durch gesetzliche und vertragliche Veränderungen.
- Reduzierung der Aufwendungen für den Sonderfahrdienst für Schwerstbehinderte.
- Zahlung des Sozialzuschlags an Behinderte in Werkstätten nur noch bei vorliegender Sozialhilfebedürftigkeit.
- Kürzung der Weihnachtsbeihilfe in der Sozialhilfe (Brhv.).
- Reduzierung der therapeutischen Angebote für behinderte Kinder (Brhv.).
- Einschränkung des Behindertenfahrdienstes (Brhv.).
- Reduzierung des Kursangebots der Volkshochschule (Brhv.).
- Gesetzliche Begrenzung der Zuwendungen im Sinne von §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung im Haushaltsjahr 1994.
- Verringerung von Förderleistungen im Wohnungsbau durch Erhöhung der Mietgrenzen; Kürzung der Aufwendungszuschüsse im 3. Förderungsweg; Änderung der Förderungsmodalitäten im 4. Förderungsweg; Änderung der Eigentumsförderung.
- Reduzierung der Mittel für unverzinsliche Gehaltsvorschüsse bremischer Bediensteter.
- Überproportionale Anpassung von Tarifen im ÖPNV.
- Reduzierung der Standards bei Hoch- und Tiefbaumaßnahmen.
- Verzicht auf standardisierte Straßenreinigung.
- Übertragung von Aufgaben auf Projektgesellschaften bei Großbaumaßnahmen.
- Initiierung von Träger- und Projekt-Kooperationen zur Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung.
- Geringste Anhebung des Eckregelsatzes der Sozialhilfe unter den alten Bundesländern im Zeitraum von 1992 bis 1995.
- Einführung von Entgelten in Dienstleistungszentren (Reduzierung der kommunalen Zuschüsse).

	<ul style="list-style-type: none"> - Absenkung der Entgelte und Umsteuerung bei Beschäftigungsmaßnahmen nach § 19 BSHG. - Reduzierung der Behandlungspauschale für ärztliche Behandlungen im Rahmen der Krankenhilfe. - Einführung einer Pauschale für die Kostenerstattung des Schwangerschaftsabbruches.
7. Einnahmeverbesserungen	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung der Möglichkeit, für postgraduale Studiengänge an den Hochschulen Gebühren zu erheben. - Erhebung von Gebühren für die veterinärrechtlichen Betriebskontrollen. - Optimierung der Heranziehung Unterhaltspflichtiger. - Weiterer Verkauf von Dienstwohnungen aus dem Bereich Strafvollzug. - Erhöhung der Erbpacht für Hafengrundstücke. - Vermietung von Werbeflächen in den Gebäuden der Universität. - Erlass der Gebührenordnung für das Studium in postgradualen Studiengängen der Hochschule Bremen. <p>Im Zeitraum 1994-1998</p> <ul style="list-style-type: none"> - Veräußerung von Beteiligungen: <ul style="list-style-type: none"> - Verkauf von Anteilen an der Stadtwerke Bremen AG - Verkauf des Abwasser- und Abfallbereichs der Bremer Entsorgungsbetriebe - Verkauf der Anteile an der Beamten-Baugesellschaft Bremen GmbH - Verkauf der Anteile an der Bremischen Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH - Verkauf von Anteilen an der Bremer Landesbank. - Grundstücksveräußerungen in Hafengebieten. - Erhöhung der Grundsteuer B auf nunmehr 530 v.H.. - Einführung einer Zweitwohnungssteuer. - Forcierung des Verkaufs von Grundstücken, soweit absehbar für öffentliche Aufgabenwahrnehmung entbehrlich. - Erhöhung der Hundesteuer. - Erhebung von Honoraren für Architekten- und Ingenieurleistungen bei Arbeiten des Hochbauamtes für städtische Gesellschaften (Brhv.). - Anhebung der Gastschulgelder für die Mehrzahl beruflicher Voll- und Teilzeitschüler (Brhv.). - Änderung des Vergütungssteuergesetzes. - Vermietung von Schulräumen. - Einführung einer Katasterfortführungsgebühr zum 01.01.1996. - Einführung neuer Kostentatbestände (Abnahme von Abschlussprüfungen bei schulfremden Bewerber/innen; Erarbeitung einer VO zur Ausbildung und Prüfung nach Privatschulgesetz). - Erhöhung der Entgelte in Übergangwohnheimen. - Neuorganisation der Heranziehung Unterhaltspflichtiger im Rahmen der Sozialhilfe.